

B. Rechtlicher Rahmen und theoretische Grundlagen

Da die Normen, welche Banken zu Informationsbereitstellung verpflichten, gesetzlich geregelt sind, muss zunächst der rechtliche Rahmen, dem deutsche Banken unterliegen, skizziert werden. Relevant im Rahmen dieser Arbeit ist auch das Bundesdatenschutzgesetz, weshalb dies in einem eigenen Kapitel behandelt wird. Des Weiteren wird auch auf die Verankerung des Bankgeheimnisses im deutschen Recht und die Abgrenzung zu anderen Berufsgeheimnisträgern eingegangen, um die Auswirkungen der diesbezüglichen Normen auf das Bankgeheimnis später analysieren zu können.

Auch nicht-rechtliche Rahmenbedingungen mit Relevanz für diese Arbeit, der „Vertrauensbegriff“, der für Banken eine bedeutende Rolle spielt, aber auch die „Principal Agent Theorie“, werden in diesem Kapitel erörtert.

Begriffsklarstellung:

Der Begriff „Institut“ ist der Oberbegriff für „Kreditinstitut“ und „Finanzdienstleistungsunternehmen“ und wurde im Oktober 1997 durch die 6.KWG-Novelle in deutsches Recht eingeführt. „Kreditinstitut“ ist wiederum der Sammelbegriff für Sparkassen, Banken und Genossenschaftskassen. Dennoch heißt das für Kreditinstitute geltende Recht „Bankrecht“ und nicht „Recht der Kreditinstitute“, was die ausgebliebene Durchsetzungskraft des Begriffes „Kreditinstitut“ verdeutlicht.¹⁹ Des Weiteren ist der Begriff „Kreditinstitut“ irreführend, da der Eindruck entsteht, die Tätigkeit sei auf das „Kreditgeschäft“ beschränkt und die anderen Teilbereiche des Bankgeschäftes, wie Zahlungsverkehr, Einlagen- und Wertpapiergeschäft somit begrifflich nicht abgedeckt werden. Deshalb wird im Rahmen dieser Arbeit statt „Kreditinstitute“ ausschließlich der Begriff „Banken“ Verwendung finden, als Sammelbegriff für alle Institute, die Bankgeschäfte ausführen. (Somit auch Sparkassen, Banken und Genossenschaftskassen).

B.1. Das allgemeine Bankrecht

Das Bankrecht unterliegt einer laufenden Entwicklung, weil die Regelungstiefe und –breite in den letzten Jahren stetig zugenommen hat. So hat sich exemplarisch die Seitenzahl der

¹⁹ Vgl. Claussen, Carsten Peter (2000), S. 96ff.

Beck'schen Textausgabe zum Bankrecht in den letzten 18 Jahren mehr als verdreifacht und die Anzahl der abgedruckten und für Banken relevanten Gesetze und Verordnungen hat sich in diesem Zeitraum von 28 auf 68 im Jahr 2010 erhöht²⁰. Neben den rein deutschen Gesetzesvorgaben leisten die Harmonisierung und der Einbezug der europäischen Gesetzgebung, zuletzt durch Umsetzung der MIFID Vorschriften und Verbraucherkreditrichtlinie, ihre Beiträge zur Ausweitung des Bankrechts.

Das Bankrecht ist als Rechtsgebiet nicht genau festgelegt, sondern ist die Summe der rechtlichen Vorgaben für die einzelnen Bankgeschäfte und die Summe der Vorschriften, welche das Bankgewerbe in der Vielfalt seiner Erscheinungsformen regelt. Die Rechtsgrundlagen des deutschen Bankrechts sind nicht in einem „deutschen Bankgesetz“ festgelegt, sondern in einer Vielzahl von Gesetzen verankert.²¹

Bankrecht wird zunächst in privates und öffentliches Recht unterteilt. Das private Bankrecht regelt die Rechtsbeziehung zwischen dem Kunden und seiner Bank, sowie die Rechtsbeziehung von Banken untereinander und zu Dritten. Das öffentliche Bankrecht umfasst die Summe aller staatlichen (und europäischen) Normen, welche einen ordnungsgemäßen Bankbetrieb sicherstellen.

Im nachfolgenden Kapitel wird der Aufbau und der Rechtswille des Bankrechts untersucht. Schwerpunktmäßig wird überprüft, ob die gesetzlichen Regelungen zur Informationsbeschaffung für originär staatliche Aufgaben dem ursprünglichen Rechtswillen des Bankrechts entsprechen, oder aus diesem ursprünglichen Rechtswillen abgeleitet werden können.

B.1.1. Privates Bankrecht

Privates Bankrecht ist Teil des Zivilrechts, es regelt Rechtsbeziehungen zwischen Gleichstehenden, nämlich einem Institut und i.d.R. einem Kunden.

Wie bereits erwähnt ist das Bankrecht nicht in einem deutschen Bankgesetz normiert, da der Gesetzgeber die Regelungen zum Darlehn in §§ 607ff. BGB zunächst für ausreichend hielt. Später formte sich aus den ersten drei Büchern des BGB, aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung, den Allgemeinen Geschäftsbedingungen und den Regeln der Praxis ein Geflecht

²⁰ Eigene Aufstellung bis zum Jahr 2010.

²¹ Vgl. Claussen, Carsten Peter (2000), S. 1ff.

von bankrechtlichen Vorschriften, die es dem Gesetzgeber nicht mehr notwendig erschienen ließ, von hoher Hand einzugreifen und EIN Bankrecht einzuführen.²²

a) Bürgerliches Gesetzbuch

Die Grundlagen des privaten Bankrechts finden sich im Schuldenrecht des BGB und seinen Regelungen über den entgeltlichen Geschäftsbesorgungsvertrag (§ 675 BGB), über das Gelddarlehn (§§ 488 bis 490 BGB), das Verbraucherdarlehn (§§ 491 bis 498 BGB), den Zahlungsaufschub und sonstige Finanzierungshilfen (§§ 499 bis 504 BGB), Ratenlieferungsverträge (§ 510 BGB), das Sachdarlehn (§§ 607 bis 609 BGB), den Zahlungsdienstvertrag (§ 675 BGB), die Bürgschaft (§§ 765 bis 778 BGB), das Schuldversprechen (§ 780 BGB), die Anweisung (§ 783 bis 792 BGB) und die Schuldverschreibung (§§ 793 bis 808 BGB).

Die Sicherungsgeschäfte sind im Bereich der Realsicherheiten durch die Hypothek (§§ 1113 bis 1190 BGB), die Grundsuld (§§ 1191 bis 1198), die Rentenschuld (§§ 1199 bis 1203 BGB), das Mobiliarpfandrecht und Rechte inkl. Forderungen (§§ 1204 bis 1296 BGB) detailliert erfasst²³.

Die Aufklärungs-, Auskunft- und Beratungspflichten, die sich aus Geschäftsbesorgungsverträgen und anderen Verträge oder auch nur aus dem Bestehen einer Geschäftsverbindung ergeben, sind als „Informationspflichten von Kreditinstituten“ im § 675a BGB und zusätzlich § 12 der InformationsVO niedergelegt²⁴.

Große Bedeutung, gerade für das private Bankrecht, haben auch die Generalklauseln zum sittenwidrigen Rechtsgeschäft und Wucher im § 138 BGB und zur Inhaltskontrolle der Allgemeinen Geschäftsbedingungen auf Einhaltung des Gebotes von Treu und Glauben im § 307 BGB.

²² Vgl. Claussen, Carsten Peter (2000), S. 105ff.

²³ Vgl. Schwintowski/Schäfer (2004), S. 9.

²⁴ Vgl. Derleder, Peter (2004), S. 7.

b) Weitere privatrechtliche Normen

Im Handelsgesetzbuch (HGB) sind weitere privatrechtliche Normen, z.B. Sonderregelungen für Kaufleute zur Bürgschaft (§§ 349 bis 350 HGB), Zinsen und Provisionen (§§ 352 bis 354 HGB) oder zu kaufmännischen Orderpapieren (§§ 363 bis 365 HGB) niedergelegt²⁵.

Große praktische Bedeutung, und teilweise eine Spezifizierung der bereits im BGB behandelten Geschäftsvorfälle, haben die Normen zum Scheck- und Wechselgesetz und im Bereich des Wertpapiergeschäftes das Depotgesetz. Weitere Schutzvorschriften für Verbraucher sind im Kreditwesengesetz, dem Investmentgesetz, dem Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz und dem Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz geregelt.

Das Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) enthält sowohl bankinterne Regelungen zur Angemessenheit der internen Kontrollverfahren (Compliance) als auch, wiederum dem Kundenschutz dienende, Verhaltens- und Organisationspflichten, welche den Vorrang des Kundeninteresses sicherstellen und Interessenkonflikte vermeiden sollen.

c) Allgemeine Geschäftsbedingungen

In der täglichen Praxis fallen Millionen von Standard-Geschäftsvorfällen (z.B. Lastschriften) an, die alle nach den gleichen Grundsätzen ihre Erledigung finden müssen. Einzelvertragliche Regelungen zu diesen Geschäftsvorfällen, die zwischen Kunden und Banken geschlossen werden müssten, wären nicht praktikabel, da damit die Möglichkeit unterschiedlicher rechtlicher Ausgestaltung gegeben wäre und dies nicht eine schnelle zeitliche Abwicklung sicherstellen würde.

Aus diesen Gründen wurden bereits im Jahr 1937 die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) entwickelt, um die privatrechtliche Beziehung zwischen Kunden und Bank, die originär im BGB geregelt ist, zu ergänzen. Die AGB bilden eine „rechtliche Glocke“²⁶ über die Einzelgeschäfte, die in der täglichen Praxis standardisiert und millionenfach anfallen. Die AGB sind nicht staatliches Recht, sondern Vertragsrecht, das durch gesonderte Erklärung des Bankkunden oder durch Einbeziehung in eine Einzelvereinbarungen (z.B. Kreditverträge) in

²⁵ Vgl. Schwintowski/Schäfer (2004), S. 9.

²⁶ Vgl. Bunte, Hermann-Josef (2001), §4 RdNr. 15.

Kraft tritt. Die AGB gelten als die wichtigste Rechtsquelle des privaten Bankrechts und schaffen sowohl für den Kunden als auch für die Bank Rechtssicherheit.²⁷

Die aktuellen und standardisierten AGB der Banken wurden vom „Bundesverband Deutscher Banken“ erlassen und in vollem Umfang durch die Gerichte, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und das Bundeskartellamt geprüft. Man kann davon ausgehen, dass alle Banken die standardisierten AGB einheitlich verwenden und alle Dienstleistungen auf der Grundlage dieser Bedingungen abgewickelt werden.

In den standardisierten AGB der Banken wird unter Nr.2 das Bankgeheimnis und die Bankauskunft geregelt. Da dies für den Themenbereich dieser Arbeit von großer Bedeutung ist, wird das Bankgeheimnis im Kapitel D.1 explizit behandelt.

B.1.2. Öffentliches Bankrecht

Das öffentliche Bankrecht ist geprägt durch das Währungsrecht und das Aufsichtsrecht. Das Währungsrecht ist verfassungsrechtlich durch Art. 88 Grundgesetz gestützt, gewährt der Bundesbank die Unabhängigkeit und definiert als vorrangiges Ziel die Preisstabilität.

Das öffentliche Interesse, welches sich im Währungsrecht widerspiegelt, manifestiert sich in den fünf strategischen Ausrichtungen der Bundesbank und ist im Bundesbankgesetz (BBankG) festgelegt. Die folgenden vier Aufgabenfelder der Bundesbank können unter dem Oberbegriff „Geld und Währung“ zusammengefasst werden, während das fünfte Aufgabenfeld, die „Bankaufsicht“, wegen der Bedeutung für diese Arbeit ausführlich dargestellt wird.

a) Geld und Währung

„Die Bundesbank wirkt als integraler Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) daran mit, die Preisstabilität im Euro-Raum zu gewährleisten.“²⁸ Dies, und damit verbunden auch der Schutz des Geldes, ergibt sich schon aus dem Grundgesetz (GG), da Geldschwund das in Art.14 GG geschützte Eigentum beeinträchtigt.

²⁷ Vgl. Claussen, Carsten Peter (2000), S. 111ff. und Bunte, Hermann-Josef (2001), §4 RdNr. 22.

²⁸ Vgl. Aufgabenbeschreibung der Bundesbank im Internet (o.J.).

Der öffentliche Auftrag und die Rolle der Bundesbank im baren Zahlungsverkehr leiten sich aus dem Bundesbankgesetz und Art.16 der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken ab und sind wie folgt definiert:

- „Sicherstellung einer reibungslosen Bargeldversorgung
- Gewährleistung eines guten Gebrauchszustands der umlaufenden Banknoten
- Verringerung des Fälschungsrisikos, sowie zeitnahe Erkennung und Aussonderung von Falschgeld
- Bereithaltung einer eigenständigen Infrastruktur für die Qualitätssicherung und zur Vorsorge gegen Störungen des Bankkreislaufes.“²⁹

Ein stabiles nationales und internationales Finanz- und Währungssystem ist wegen der engen Wechselwirkung zur Geldwertstabilität unabdingbare Voraussetzung für die Erfüllung des Stabilitätsauftrages. Die Bundesbank wirkt deshalb im Rahmen der Gestaltung der Finanzmarktregulierung, bei der Fortentwicklung des Wertpapier- und Börsenwesens sowie bei der Fortentwicklung des Finanzplatzes mit.

Durch das von der Bundesbank bereitgestellte Zahlungs- und Verrechnungssystem RTGSplus trägt diese auch zur Stabilität der Zahlungs- und Verrechnungssysteme bei.

b) Bankaufsicht

„Die Bundesbank übernimmt in Deutschland maßgebliche Aufgaben im Rahmen der Bankaufsicht und trägt damit zur Sicherung der *Funktionsfähigkeit der deutschen Kredit- und Finanzdienstleistungsaufsicht* sowie zur *Stabilität des Finanzsystems* bei.“³⁰ Die Bankaufsicht und die damit verbundenen regulatorischen Eingriffe in die Gewerbefreiheit der Banken lassen sich nur rechtfertigen, wenn dies aus Gründen des Gemeinwohls geboten ist. Dies ist der Fall, wenn öffentliche Interessen vorliegen, welche im Rang dem individuellen Recht der Banken auf freie unternehmerische Entfaltung vorgehen und das öffentliche Interesse deutlich durch die geschäftliche Betätigung der Banken gefährdet ist. Die staatliche Bankenaufsicht

²⁹ Vgl. Aufgabenbeschreibung der Bundesbank im Internet (o.J.).

³⁰ Vgl. Aufgabenbeschreibung der Bundesbank im Internet (o.J.).

kann sich somit als Argument auf zwei Allgemeininteressen berufen, die im folgenden dargestellt sind³¹.

(1) Gläubigerschutz

Wie bereits im Kapitel B.1.1 zum „privaten Bankrecht“ erwähnt, ist der Gläubigerschutz allgemein im Zivilrecht geregelt und somit Teil des „privaten (Bank)rechts“. Insbesondere sind es zwei Gründe, die dem Gläubigerverhältnis, wenn auf einer Seite eine Bank beteiligt ist, ein öffentliches Interesse zusprechen und es somit auch in die Gruppe des öffentlichen Bankrechts eingliedern:

Der normale Bankkunde ist nicht in der Lage, eine Bonitätsbeurteilung der Bank, welcher er seine Einlagen anvertraut, vorzunehmen, da sich seine Informationen zur Bonitätsbeurteilung weitgehend nur auf die gesetzlich vorgeschriebenen Berichterstattungen beschränken dürfte. Der normale Bankkunde verfügt auch nicht über genügend Verhandlungsstärke, um risikoreduzierende Vertragsbedingungen oder eine Sicherheitenstellung³² durch die Bank durchzusetzen. Der Kunde kann somit i.d.R. aus seiner Verhandlungsposition heraus nur die standardisierten Vertragsvorgaben der Banken zum Einlagengeschäft annehmen oder ablehnen.³³

Das besondere öffentliche Interesse, welches den regulatorischen Eingriff der Bundesbank begründet, ergibt sich auch aus der, im Vergleich zu anderen Gläubigern, geringen Nettohaftungsreserve der Banken. So betrug der durchschnittliche Anteil des Eigenkapitals am Geschäftsvolumen der in der Bankenstatistik 1998 aufgeführten Institute lediglich 4,03%. Die Unternehmen des Nichtfinanzsektors kamen dagegen auf einen Anteil von 18%.³⁴

Aus diesen beiden Gründen lässt sich die Sonderstellung der Banken in ordnungspolitischer Hinsicht begründen. Die Schutzwürdigkeit und die Schutzbedürftigkeit der Masse der Bankeneinleger rechtfertigen ein überwiegend öffentliches Interesse an gläubigerschutzmotivierter Regulierung des Bankensektors.

³¹ Vgl. Krümmel (2000), S. 11 ff.

³² Eine Sicherheit der Bank für die Einlagen des Kunden.

³³ Vgl. Bieg, Hartmund (2000), S. 13.

³⁴ Vgl. Waschbusch, Gerd (2000), S. 15.

(2) Funktionsschutz

Die Banken nehmen in einer Volkswirtschaft als Finanzintermediäre innerhalb des Güter- und Geldkreislaufes eine bedeutende zentrale Stellung ein. Eine Funktionsstörung des Bankensektors kann „mit gleichsam multiplikativer Wirkung auf die gesamte Wirtschaft durchschlagen“³⁵. Die Banken haben, wie kein anderer Wirtschaftszweig, für ihre Tätigkeiten das uneingeschränkte Vertrauen der Öffentlichkeit in die Sicherheit der Einlagen. Die meisten Bankeinleger sehen sich nicht als Gläubiger der Banken, werden also auch nicht bereit sein, das Kreditrisiko der Banken zu teilen. Entsprechend sensibel reagieren die Bankkunden auf Informationen über negative geschäftliche Entwicklungen der Banken und werden möglicherweise aus Furcht vor Vermögensverlusten schon beim geringsten Gerücht ihre Einlagen abziehen. Dieses Verhalten könnte sich auf andere Banken ausbreiten und zu einem Schneeballeffekt führen, der auch unbeteiligte und wirtschaftlich solide Banken, aber auch die Gesamtwirtschaft, durch Auslösen eines so genannten Gläubigerruns³⁶ beeinträchtigt.³⁷

Da die wirtschaftliche Schieflage einzelner Banken über eine Hebelwirkung negative Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft haben kann, rechtfertigt dies eine, über die allgemeine Gewerbeaufsicht hinausgehende, aufsichtsrechtliche Regulierung des Bankensektors.

Das Aufsichtsrecht, als Teil des öffentlichen Bankrechts, wird von der BaFin durchgeführt und ist zum einen die Solvenzaufsicht (Gläubigerschutz), niedergelegt im Kreditwesengesetz (KWG mit Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz), und zum anderen die Marktaufsicht (Funktionsschutz), die im WpHG verankert ist.³⁸

B.1.3. Zwischenergebnis: Rechtswille des privaten und öffentlichen Bankrechts

Die Normen des privaten Bankrechts manifestieren einen Ordnungsrahmen für Bankgeschäfte³⁹. Die meisten Geschäftsarten, welche im täglichen Bankverkehr vorkommen, sind bereits im BGB abgebildet und ggf. in Sondergesetzen oder den AGB konkretisiert, sodass sich die

³⁵ Vgl. Bresser (2006), S. 19.

³⁶ Als Gläubigerrun wird der massenhafte Zulauf von Bankkunden an den Schalter verstanden, um ihre Einlagen ohne Rücksicht auf Fälligkeiten und Kündigungsfristen abziehen.

³⁷ Vgl. Waschbusch, Gerd (2000), S. 21 ff.

³⁸ Vgl. Derleder, Peter (2004), S.10.

³⁹ Bankgeschäfte sind alle Geschäfte, die zwischen einer Bank und den Kunden stattfindet.

Beteiligten der Bankgeschäfte und, im Streitfall die Zivilgerichte, auf den Ordnungsrahmen des privaten Bankrechts berufen können.

Das private Bankrecht dient somit einzig den an den Bankgeschäften Beteiligten, also i.d.R. dem Bankkunden und der Bank. Sowohl der Anlegerschutz des Bankkunden als auch der Schutz der Bank vor Klagen der Bankkunden sind der Rechtswille des privaten Bankrechts.

Das öffentliche Bankrecht dient, wie auch schon das private Bankrecht, dem Gläubigerschutz, hat aber als zweite Aufgabe den Funktionsschutz. Hier ist festzuhalten, dass sich der Funktionsschutz ausschließlich auf die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Bankensektors in der Volkswirtschaft bezieht und nicht auf die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Staates oder die Gewährleistung der Steuergerechtigkeit und Verbrechensbekämpfung. Die Weisungsunabhängigkeit der Bundesbank ist Beleg für die Unabhängigkeit von staatlichem Einfluss.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der ursprüngliche Rechtswille des privaten und öffentlichen Bankrechts der Schutz der Bankkunden und der Schutz der Funktionsfähigkeit des Bankensektors war. Dass im Laufe der letzten Jahre Normen geschaffen wurden, die nicht einem dieser beiden o.g. Zielen dienen, stellt ein Novum dar.

B.2. Bundesdatenschutzgesetz

B.2.1. Die Bedeutung des Bankgeheimnisses und des Datenschutzes allgemein als Schutz der Privatsphäre

Die in den 70er Jahren begonnene und bis heute andauernde Diskussion über den Datenschutz zeigt die wachsende Sensibilität der Bürger gegenüber den Informationsprozessen in Staat und Gesellschaft. Zunehmend wird der Bürger misstrauisch, wenn in mannigfaltiger Weise Informationen über ihn gesammelt und verwertet werden.⁴⁰ Diese umfassende Datenerhebung wurde erst durch die Errungenschaften der modernen Informationstechnologie⁴¹ möglich und erstreckt sich auf alle Bereiche der unternehmerischen wie auch der staatlichen In-

⁴⁰ Und dennoch ist es auch einigen Bürgern gar nicht bewusst, dass Daten gesammelt werden, vor allem dann, wenn als primäres Ziel der Datensammlung ein finanzieller Vorteil vorgeschoben wird, wie es z.B. bei den äußerst beliebten Bonus- und Rabattkartensystemen der Fall ist.

⁴¹ Zu den Folgen der Datenerhebung ohne Informationstechnologie siehe E.1.2.a).

formationsprozesse, in einer Vielzahl und Komplexität, so dass der Eindruck entsteht, der Bürger sei ein „total erfasstes Individuum“.⁴²

Um sich dieser Totalerfassung zu widersetzen, hat das Individuum das verständliche Streben, sich gegenüber seinen Mitbürgern, der Wirtschaft und insbesondere dem Staat einen Rest an Privatsphäre zu erhalten. Dies gilt vor allem für Vermögensangelegenheiten, da „die Bürger lieber über ihre Krankheiten, als über ihre Bankgeschäfte sprechen“⁴³. Des weiteren hat eine Umfrage aus dem Jahr 1988 in Großbritannien gezeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Bankkunden ihre finanziellen Daten für genauso vertraulich halten wie ihre persönlichen medizinischen Daten.⁴⁴

Die Entwicklung der Bank von der reinen Kapitalsammel- und Kreditdistributionsstelle zu einem Anbieter umfangreicher und nachhaltiger Finanzdienstleistungen im Massengeschäft hat den Informationsaustausch zwischen dem Kunden und der Bank intensiviert und kontinuieriert. Schon die in der Kommunikation im Bankensektor allgegenwärtigen Stichwörter wie „Allfinanz“, „Anlageberatung“ und „bargeldloser Zahlungsverkehr“ belegen, inwieweit sich Banken Einblicke in die mannigfaltigen und höchstpersönlichen Informationen und den Lebensstil des Bankkunden verschaffen können. Das 1597 von Sir Francis Bacon geprägte Zitat „Knowledge is power“⁴⁵ zeigt, vor dem Hintergrund der riesigen Informationsmengen, die von den Banken gesammelt werden, deren Machtstellung und ruft nach dem Schutz des Kunden vor dem Missbrauchspotential dieser informellen Übermacht.⁴⁶

B.2.2. Einleitung / Entwicklung Bundesdatenschutzgesetz

Der Datenschutz gehört zu den seltenen Problemfeldern, die bereits vom Gesetzgeber angegangen wurden, bevor die Öffentlichkeit und die Betroffenen einen entsprechenden Regelungsbedarf oder den Begriff „Datenschutz“ kannten. In Bezug auf zunächst in den USA gemachte Erfahrungen wuchs Anfang der sechziger Jahre die Erkenntnis, dass dem fortschrei-

⁴² Vgl. Herrler, Hans (1984), S.35.

⁴³ Vgl. Herrler, Hans (1984), S.35 und Aubert, Maurice (1978), S.410.

⁴⁴ Vgl. Giannopoulos, Rigas (1999), S. 23 und siehe hierzu auch die späteren Ausführungen in D.1.5 „Die Auswirkungen des Bankgeheimnisses“.

⁴⁵ „Scientia potentia est“ aus den Meditationes Sacrae von Sir Francis Bacon.

⁴⁶ Vgl. Giannopoulos, Rigas (1999), S. 47.

Banken als Erfüllungsgehilfen staatlicher Politik
Auswirkungen und Reaktionen

Heiden, M.

2013, XXV, 321 S. 30 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-01835-1